

# Wossifische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3667, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3688-3693. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 669. Wöchentlich 1 Mark. Monatslich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellgeld

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: nm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: nm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kastrarode 22-26

15 Pf. [Anwender] . Nr 36 . A 19 DONNERSTAG, 22. JANUAR 1931 MORGEN-AUSGABE . V

## Genfer Friedensmanifest Curtius' guter Eindruck

### Gemeinsame Erklärung der Großmächte

Von DR. PETER REINHOLD

GENÈVE, 21. JANUAR

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENÈVE, 21. JANUAR

Die Außenminister Frankreichs, Englands, Deutschlands und Italiens haben heute abend am Ende der letzten Sitzung der Europakommission gemeinsam eine Rundgebung eingebracht, die auf Antrag des Präzidenten Briand von der Kommission einstimmig angenommen wurde. Das bedeutsame Manifest hat folgenden Wortlaut:

„Wir haben in diesen letzten Tagen untereinander die Probleme geprüft und erörtert, die sich unseren Regierungen stellen, und haben als eines der Hindernisse zum wirtschaftlichen Wiederaufbau deutlich den Mangel an Vertrauen in die Zukunft erkannt, der auf die Beforgnis hinsichtlich der politischen Lage zurückzuführen ist. Diese Beforgnis ist noch durch gewisse Gerüchte gesteigert worden, die von unverantwortlichen Kreisen über die Möglichkeit eines internationalen Krieges verbreitet worden.“

Wir anerkennen, daß gegenwärtig in Europa politische Schwierigkeiten bestehen und daß sie noch vermehrt werden durch den Mangel an Klarheit und das wirtschaftliche Abhängen, die sich aus der allgemeinen Krise ergeben.

Wir können zur Verbesserung der Lage nichts Besseres tun als den Zweifel über die Existenz des Friedens in Europa nicht weiter bestehen zu lassen. In unserer Eigenschaft als Minister der auswärtigen Angelegenheiten oder als verantwortliche Vertreter der europäischen Staaten legen wir Wert darauf, zu proklamieren, daß wir mehr als jemals fest entschlossen sind, uns der Demagie des Wälderbundes zu bedienen, um jeden Appell an die Gewalt häufig anzuhörigen.“

Diese Rundgebung und ihre einstimmige Annahme durch die Europa-Kommission werden hier als eine sensationelle Tatsache gewertet, die von größtem Einfluß auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung sein kann.

Schon das äußere Bild der heutigen Sitzung des Wälderbundes bewies das große Interesse, das man der deutsch-polnischen Auseinandersetzung entgegenbrachte. Der große Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt und man merkte deutlich die gespannte Erwartung, als gleich nach Öffnung der Sitzung Dr. Curtius das Wort ergriff.

Curtius verlas seine Rede vom Manuskript mit klarer und feiner Stimme. Aber er läßt nicht nach, führte trotz seiner verhaltenen Ruhe die intense Erregung; nicht als Anzeichen einer nervösen Spannung, sondern im Sinne einer gesteigerten Vitalität, die das Bewußtsein einer großen Entscheidung gibt.

Seine Rede war ausgezeichnet. Er hatte geschickt und eindeutig herausgearbeitet, worauf es Ziel und Inhalt in dieser Frage ankommt: auf einen wirksamen Weg der durch den Verräter Curtius unter polnische Gouvernanz gekommenen Minderheitsrechte auf Grund der im Wälderbunde vorgesehene Rechte der Minderheiten. Er schloß es deshalb mit Recht ab, eine einseitige deutsch-polnische Auseinandersetzung zu führen und betonte ausdrücklich, daß der deutsche Antrag mit den großen Fragen der Grenzrevision nichts zu tun habe, Fragen von so großer Bedeutung für Deutschland, daß sein Scheitern darauf verzichten können. Diese Fragen aber, wie er erhobener Stimme feierlich erklärte, Deutschland lediglich auf vertragsmäßige Weise anzugehen.

Wenn er als Mitglied des Rates heute die gegen die deutsche Minderheit verübten Terrorakte zur Sprache bringe, so läßt er damit eines der höchsten Rechte und eine der schönsten Pflichten als Wälderbundmitglied aus, wobei er — vermutlich mit Rücksicht auf die irrationale Minderheit, deren Schuld vielfach von englischer Seite übernommen wird, darauf hinweist, daß dieses Recht und diese Pflicht jedem Staatsmitglied obliegt.

In den Vorbereitungsjahren Gefährdungen hatte Dr. Curtius — und damit nahm er einen Hauptteil der politischen Entscheidungen vorweg — die Tatsache, daß es sich nicht darum handele, daß bei den Wahlen gewisse Gewaltherrschaften und Terrorakte vorgenommen sind, sondern daß der entscheidende Punkt darin zu erwidern ist, daß die polnischen Behörden einer solchen Verungeltung der deutschen Minderheit passiv ausgeben, zum Ziel sie sogar bestimmt hätten. Der Wälderbund hat seine Aufgabe darin zu sehen, wie die Regierungen den einzelnen Mitgliedstaaten ihre politischen Gegner behandeln. Aber wenn durch eine solche Behandlung oder besser Vorgehensweise die Rechte der Minderheiten beeinträchtigt würden, bestünde die zweiseitige Verpflichtung des Wälderbunds, einzugreifen und nicht nur Genehmigung für die begangene Unbill, sondern Sicherungen für die Zukunft zu fordern. So läßt er seine Rede mit demütigst formulierten Forderungen, die er als Mitglied des Rates erhebt.

Curtius hatte deutlich gesprochen: er zeigte nach seiner Rede die getreuere und erwiderte Freude der Überzeugung, ein französisches und ein englisches. Während die Dolmetscher tätig waren, hatte man Gelegenheit den Eindruck der Rede unseres Außenministers festzustellen. Soweit sie verstanden worden war, hatte sie fast und durchaus günstig gewirkt. Und mehr als einer meiner alten Freunde aus dem internationalen Lager verriet mir, daß trotz der Größe der Formulierungen die inhaltliche und ruhige Klarheit der deutschen Minderheiten den besten Eindruck gemacht habe, und daß kaum ein deutscher Staatsmann gläubiger die der deutschen Minderheit nicht ungünstige Stimmung im Wälderbund habe fördern können. Der Erfolg des Streikens, der für Deutschland so wichtig ist und den nach Breitenmanns Tod Curtius erst ganz allmählich habe annehmen können, ist mehr und mehr im Wachsen. Demgegenüber haben die Stimmen, daß Curtius überfällig, fast aggressiv gesprochen habe, in der Minderheit.

Trotz der vorgeschrittenen Stunde gab der Vorsitzende Sanderson, nachdem der englische Dolmetscher geschlossen hatte, dem polnischen Außenminister Jolinski noch das Wort zur Erwidrerung. Jolinski verzichtete auf eine Antwort auf die deutsche Rede. Er las stattdessen in französischer Sprache eine vorher aufgesetzte Erklärung vor, aus die ichwache Position Solens für zum Vordringen kam. Wenn in früheren Wälderbundtagungen für Polen stets eine romantische Neigung bestanden hätte, war diese Stimmung seit den Er-

## Was bringt die Dsthilfe?

### Die vorläufigen Richtlinien

In zwei parallelen Reihen werden gestern in der Reichstagskammer die Dsthilfen-Beschlüsse beraten, einmal die auf dem Vermittlungswege durchzuführenden Maßnahmen, wie Beschleunigung von Antragsfällen, Reform des Genossenschaftswesens uvm., und ferner in einer Kabinetsitzung das Dsthilfegesetz selbst, das dem Reichstag nach seinem Vorparlament zugeteilt werden soll. An dieser Kabinetsitzung nahmen auch der preussische Finanzminister Dr. Hübner-Wilhoff und der Generaldirektor der Reichsbank Dr. Dornpffelmüller teil.

Die Beratung, die ohne Beschlußfassung sich auf Anfang nächster Woche erstreckt, ergab, daß noch keine Klarheit darüber besteht, welche Bedenke über den bisherigen Reich der Dsthilfe hinaus Unterhaltungen erheben sollen und auf welchem Wege die erforderlichen Gelder zu beschaffen sind. Auch den bisherigen Vorläufen sollen Vorparlament, die beiden Reichsbank und Reichsbankstellen unter Ausdehnung der Kreise Rostenburg und Spreewald herbeigeführt werden.

Die Finanzierung der Dsthilfe ist in Anlehnung an das Projekt des Reichsbankens der deutschen Industrie vom Jahre 1930 als ein Mittel der Anleihebefreiung geplant, die bis zum Jahre 1936 insgesamt etwa 600 Mill. RM aufbringen würde. Es ist

aber dabei noch eine Reihe schwerer juristischer und finanzieller Probleme zu prüfen. Im Jahre 1931 würden an Barmitteln für die Dsthilfe insgesamt etwa 160 Millionen RM in Betracht kommen, von denen etwa mehr als 80 Millionen RM bereits eintreffend sind. Dabei handelt es sich um Kreditleistungen, welche durch kommunale Kassen, Umfahrungen usw.

Eines der wesentlichen neuen Momente an dem Dsthilfegesetz ist die Änderung des Umschuldungssystems. Während ursprünglich für das Jahr 1931 und die folgenden fünf Jahre feste Beiträge in Höhe von je etwa 60 Mill. Mark in Betracht kommen sollten, wird man jetzt in den Jahren 1931 und 1932 je 60 Mill. Mark aus, um je entsprechend gemessen aus der Dsthilfeausgaben gekürzten Plänen die Umschuldung schlagartig in verhältnismäßig kurzer Zeit durchzuführen zu können.

Eine weitere noch sehr unrichtige Abänderung von dem bisherigen System ergibt sich daraus, daß Minister Schäfer die Befreiung der Kreditmittelschuldung landwirtschaftlicher Betriebe den Bundesstellen der Dsthilfe übertragen will, während bisher die Kreditmittelschuldung durch die Reichsbank gestützt wurde. Das würde also eine Lockerung der Kontrolle durch den eigentlichen Kreditgeber bedeuten, und, wie man nicht selten bemerkt, zu einer Beeinträchtigung der landwirtschaftlichen Großbetriebe führen.

Die Sozialdemokraten erklärten denn, unter diesem Vorbehalt nicht weiter verhandeln zu wollen, und erklärten den Saal. Nachher wurden ihnen mitgeteilt, daß der hülfsbereitende Vorstoß in ihrer Abwesenheit die Abgeordneten Dr. Rosenfeld, Schwarz und Hoffmann zur Ordnung gebrannt hätte. Sie füllten sich dadurch aber keineswegs veranlaßt, in den Saal zurückzuführen. Dort wurde daraufhin Antrag auf Vertagung gestellt. Eine Vertagung, die aus Nationalsozialisten, Kommunisten, Deutschnationalen und Landvolkslisten gebildet wurde, lehnte die Vertagung ab, und das gab den Vertretern der hülfsbereitenden Gruppen — Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Staatspartei und Zentrum — Veranlassung, ebenfalls das Vertagungsgesuch zu verlassen. Die Sitzung mußte daraufhin wegen Beschlußlosigkeit aufgeschoben werden.

Der geliebte Rosenfeld bewies, daß bis in die unmittelbare Nachbarschaft der Nationalsozialisten bis die hülfsbereitenden Parteien sich dieses Kraft parteimäßigen Verfahren der Nationalsozialisten nicht länger gefallen lassen wollen. Es wird in der heutigen Sitzung zweifellos noch ein Nachspiel haben, darüber hinaus aber das Tempo der Verhandlungen darüber beschleunigen, wie man dem Widerspruch parlamentarischer Vertrauensämter begegnen kann.

## Haushaltsausfluß gesprengt

### Der nationalsozialistische Vorrat

In dem Haushaltsausfluß des Reichstages hat sich gestern abend wieder die Beratung des Subjektens folgende ungewöhnliche Szene abgetragen:

Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Rosenfeld übte in seiner Rede Kritik an der vorliegenden Behandlung, die die Staatspolitik Kommunisten und rechtsstehenden politischen Angehörigen widersprechen sollte. Er kam dabei auf Hitler zu sprechen, den er wegen seines Verhaltens beim November-Putsch in München 1923 einen Hochverräter nannte.

Er sprach nachher der nationalsozialistischen Abgeordnete Schwarz, der den sozialdemokratischen Vorrat als den Führer einer Partei bezeichnete, die seit Jahren Spieß- und Bundesverrat betriebe.

Der rechtsstehende Vorkämpfer, der „rade die Verhandlungen leitete, war der nationalsozialistische Abgeordnete Reinhardt. Er wurde von den sozialdemokratischen Vorkämpfern als den Führer eines Partei bezeichnete, die seit Jahren Spieß- und Bundesverrat betriebe.

Der rechtsstehende Vorkämpfer, der „rade die Verhandlungen leitete, war der nationalsozialistische Abgeordnete Reinhardt. Er wurde von den sozialdemokratischen Vorkämpfern als den Führer eines Partei bezeichnete, die seit Jahren Spieß- und Bundesverrat betriebe.